

Thomas Biebricher

2.1 Einleitung

Konsultiert man eine der vielen mittlerweile vorliegenden Einführungen in das Werk Michel Foucaults, so findet sich dort zumeist viel Interessantes zu solch schillernden Begriffen wie Diskurs, Macht/Wissen, Biopolitik und Gouvernementalität, die allesamt nicht oder nur in einem sehr vermittelten Sinne aus dem Arsenal der konventionellen politischen Ideen stammen. Dagegen wird sich vermutlich wenig Substanzielles zu solch klassischen Topoi der politischen Theorie wie etwa Souveränität und Recht finden und die Argumentation wird oftmals darauf hinauslaufen, Foucaults Innovationskraft gerade in der Absage an diese traditionellen Begrifflichkeiten zu verorten, denen kaum mehr als der Status von Negativfolien zukommt, von denen sich ‚unsere Gegenwart‘, an deren Verständnis Foucault so sehr interessiert war, in umso schärferen Konturen abhebt. Und obwohl diese Art der Darstellung durchaus einiges für sich hat, so ist sie, wenn auch nicht falsch, doch zumindest unvollständig, wie ich in diesem Beitrag zu zeigen versuche.

Tatsächlich finden sich nämlich in Foucaults Werk durchaus einige substanziellere Verweise auf Recht und Souveränität, vor allem ist dies aber der Fall in seinen Vorlesungen über die *Geschichte der Gouvernementalität*, die hier im Mittelpunkt der Betrachtung stehen sollen. In diesen Vorlesungen berührt Foucault unterschiedlichste Thematiken, doch die zentrale Agenda, die in ihnen verfolgt wird, ist die Entwicklung einer historisch ansetzenden Analytik des Staates – im Unterschied zu einer entsprechenden Theorie im emphatischen Sinne¹ – und dementsprechend

¹ Vgl. Foucault 2004b, S. 114.

T. Biebricher (✉)

Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“, Goethe-Universität
Frankfurt, Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt am Main, Deutschland
E-Mail: thomas.biebricher@normativeorders.net

werde ich im Folgenden der Frage nachgehen, welche Rolle Recht und Souveränität im Rahmen der Entwicklung dieser eher rudimentär gebliebenen Staatsanalytik spielen. Dabei werde ich folgendermaßen vorgehen. Zu heuristischen Zwecken gilt es zunächst noch einmal zu rekapitulieren, wie es um die beiden Themenkomplexe in Foucaults Werk bis hin zu den Gouvernamentalitätsvorlesungen bestellt ist, wobei hier auch ansatzweise auf die zumindest bezüglich des Rechts mittlerweile stattfindende Debatte in der Sekundärliteratur eingegangen wird. Vor dem Hintergrund dieser Darstellung soll dann die Bedeutung von Recht und Souveränität in den Gouvernamentalitätsvorlesungen genauer beleuchtet werden, wobei deutlich werden wird, dass die entsprechenden Begrifflichkeiten auf unterschiedlichen Ebenen zur Geltung kommen und sich auch Foucaults Auffassungen ein Stück weit zu wandeln scheinen. Im Anschluss an diese exegetisch orientierten Abschnitte, soll im abschließenden Kapitel Foucaults oft zitierter ‚Aufforderung zum Spiel‘ nachgekommen werden, die er im Hinblick auf seine Analysen und Begriffe immer wieder an deren RezipientInnen richtete. Entsprechend sollen Foucaults Überlegungen zum Thema Recht und Souveränität auf die Thematik des Bandes, also den Zusammenhang von Staat und internationaler Politik bezogen werden und zwar anhand der Beispiele des ‚Krieges gegen den Terror‘ sowie der Funktionsweise von Migrationsregimen.

2.2 Recht und Souveränität vs. Disziplin und Biomacht

Neben Foucaults Vorlesungen über die *Wahrheit und die juristischen Formen* von 1973 sind es vor allem die auch inhaltlich und begrifflich eng miteinander verwobenen Werke *Überwachen und Strafen* und *Der Wille zum Wissen* sowie die Vorlesungen *Zur Verteidigung der Gesellschaft* und die vielen kleineren Schriften und Interviews aus den Jahren 1973 bis 1977, die als Hauptreferenzpunkte zur Rekonstruktion von Foucaults Denken bezüglich Recht und Souveränität gelten. Hier ist zunächst festzuhalten, dass Foucault beide Begriffe sehr eng miteinander verzahnt, zumindest insofern als das „System von Souverän und Gesetz“² als Chiffre für einen Machttypus steht, der, so lassen sich zumindest viele Passagen aus jener Zeit verstehen, hoffnungslos veraltet ist. Das Bild, das Foucault über weite Strecken und zweifellos vereinfachend von dieser Macht zeichnet, ist ein Recht, welches ausschließlich ‚Königs-Recht‘ ist und das sich im sanktionsbewährten Befehl äußert und erschöpft.³ Diese rein negative juristische Macht wirkt vor allem insofern ineffizient und gar plump als Foucault ihr unermüdlich die raffinierte Funktionsweise

² Foucault 1977, S. 118.

³ Vgl. Foucault 1980, S. 94.

von Disziplin (*Überwachen und Strafen*) und Biomacht (*Der Wille zum Wissen*) gegenüberstellt, denen es in ihrer produktiven Dimension gelänge, Subjekte durch lückenlose Überwachung und Internalisierungsprozesse zu formen, Diskurse zu initiieren und anzureizen, Wissen zu produzieren und nutzbar zu machen. So bildeten sie feinmaschige Dispositive der Macht, welche eine umfassende Disziplinierung und Regulierung von Körpern und Bevölkerungen bei vergleichsweise geringen ‚Kosten‘ ermöglichten. Wann immer Foucault in jener Phase einen Komplex von Souveränität/Recht suggeriert, diese also untrennbar miteinander verknüpft, erscheint auch das Recht für sich als vollkommener Gegensatz der neuen Machtformen⁴ und durch deren Aufstieg zusehends marginalisiert – ein Eindruck dem Foucault später jedoch ausdrücklich widersprechen wird (siehe unten).

Doch Foucaults Position bezüglich des Rechts ist komplexer als es zunächst scheint und eine erste Generation von Interpreten es angenommen hat, die hier ausschließlich eine problematische „expulsion of law“⁵ verzeichnen konnten. Das Recht, so lassen sich viele andere verstreute Bemerkungen Foucaults verstehen, verschwindet nicht – was ohnehin ein empirisch schwer haltbarer Befund wäre – doch seine Funktion(-sweise) ändert sich in Zeiten von Disziplin und Biopolitik. Hier lässt sich zunächst auf eine nicht sonderlich produktive These verweisen, nach der das Recht als eine Art Überbauphänomen bezüglich der ‚tatsächlichen‘ Disziplinen zu betrachten sei, das vor allem deren Verschleierung bzw. indirekten Legitimierung diene, etwa dadurch, dass den Individuen Rechten zuerkannt würden.⁶ In diese Gruppe von Formulierungen, in denen das Recht selbst nicht zurückweicht, aber seine Form oder Funktionsweise ändert, gehört ein weiterer Hinweis von Foucault, dementsprechend das Gesetz zusehends „als Norm funktioniert“⁷ – wobei letztere sowohl für Disziplin als auch Biomacht von zentraler Bedeutung ist. Diesem Zusammenhang zwischen Recht und Norm bzw. dem, was er stellenweise als Normalisierungsmacht bezeichnet, geht Foucault vor allem in den rechtssoziologischen und rechtshistorischen Untersuchungen in den Vorlesungen über *Die Anormalen* von 1974/1975 nach, in denen das Zusammenspiel von psychiatrischer ‚Wissenschaft‘ und den strafrechtlichen Institutionen und Praktiken des 19. Jahrhunderts rekonstruiert wird. Die Grundthese der Anreicherung des Rechts durch ihm äußerliche Praktiken und Wissensbestände (vor allem der Humanwissenschaften), die

⁴ Vgl. Foucault 1994, S. 285.

⁵ Hunt 1992; vgl. Hunt/Wickham 1994. Andere Interpreten bezweifeln gar, dass Foucault Interesse an Fragen des Rechts gehabt habe (Smith 2000). Allerdings ist seine Position wohl am besten in einer seiner eigenen Äußerungen zusammengefasst: „Therefore, if you like, I never stop getting into the issue of law and rights without taking it as a particular object“ (Foucault 1989, S. 415).

⁶ Vgl. Foucault 1999, S. 47.

⁷ Foucault 1994, S. 172.

hier zum Ausdruck kommt, hat Anlass zu überaus produktiven Lektüren gegeben. Manche betonen in diesem Zusammenhang aus einer rechtssoziologisch geprägten Perspektive die Vervielfältigung der Richterinstanzen und die Dispersion von Überwachung und Strafe von ‚at-risk-youth‘, die in boot-camps untergebracht werden, bis zur überwachenden Sorge des Bewährungshelfers nach Verbüßung einer Strafe, um eine grundlegende Verschiebung aufzuzeigen: Das Recht dient weniger oder zumindest keineswegs mehr ausschließlich der juristischen Bewertung (möglicherweise inklusive Bestrafung) vergangener Taten als vielmehr der Einschätzung zukünftiger Gefahr, die von einem Individuum aufgrund seiner Disposition ausgeht, über die vor allem humanwissenschaftliche Experten Aufschluss geben müssen.⁸ Andere haben dagegen eher betont, dass es Foucault darauf ankomme, deutlich zu machen, dass nicht das *Recht* verschwinde, sondern das *Juridische*. Mit anderen Worten gehe es um ein Zurückweichen einer bestimmten Funktionsweise des Rechts und der Macht, nämlich die juristische, wohingegen eine andere Funktionsweise, die François Ewald, der als einflussreichster Vertreter dieser Interpretation gilt, als normative bezeichnet. Ewald argumentiert, dass das Recht als normatives (ein Begriff, der hier mit einer stark Foucaultschen Konnotation versehen ist) in erster Linie als Mittel politischer Steuerung bzw. gesellschaftlicher Konfliktlösung diene. Darunter fällt beispielsweise auch das von ihm so bezeichnete ‚soziale Recht‘, welches die gesamte rechtliche Organisation des Sozialstaats abdeckt.⁹

Gerade diese zuletzt besprochenen Lektüren, die in Ewalds Fall eher schon umfassende Ergänzungen zu Foucaults eigenen Gedanken darstellen, zeigen, dass auch schon vor den Gouvernamentalitätsvorlesungen eine Reihe von interessanten Vorstellungen bezüglich des Rechts bei Foucault anzutreffen sind, wenn diese auch verstreut und nicht systematisch durchgearbeitet sind. Allerdings herrscht dennoch bei einer Vielzahl von KommentatorInnen Skepsis gegenüber diesen – in sich nicht unbedingt konsistenten – Auffassungen des Rechts vor. So werden historische Zweifel an der Verknüpfung von Souveränität und Recht vorgebracht, und die starke Betonung strafrechtlicher Aspekte gibt Anlass zu dem Vorwurf, Foucault hänge einer rein imperativischen Rechtsauffassung im Sinne des Rechtsphilosophen John Austin an, die aber anderen Rechtsformen kaum gerecht werde. Zudem unterstelle Foucault grundsätzlich eine Einheit ‚des‘ Rechts, welche eine realistische Rechtssoziologie längst als Mythos entlarvt habe.¹⁰ Zwar gibt es auch wichtige Interpretationen, die in den Perspektiven des Genealogen Foucault nur einen Aspekt eines umfassenderen Rechtsverständnisses sehen wollen und so die angeführten Passa-

⁸ Vgl. Biebricher 2003; Rose/Valverde 1998.

⁹ Vgl. Ewald 1988; 1990.

¹⁰ Vgl. Walby 2007.

gen relativieren.¹¹ Doch insgesamt bleibt der Eindruck zurück, dass die Bedenken hinsichtlich der Auffassungen Foucaults bezüglich des Rechts und auch individueller Rechte stark überwiegen.¹²

Wenden wir uns nun vom Recht der Souveränität zu. In *Überwachen und Strafen* sowie *Der Wille zum Wissen* scheint diese noch stärker als das Recht ausschließlich als Chiffre für einen überkommenen Machtmodus zu fungieren, ohne dass Foucault näher auf dieses höchst komplexe Konzept eingeht.¹³ Souveränität bedeutet für Foucault zunächst einmal die Repräsentation der Macht als zentralisiert und von dieser Machtzentrale ausstrahlend. Vor dem Hintergrund der berühmten Vorstellung der zwei Körper des Königs, in dem diese Souveränität personifiziert wird, fordert Foucault bekanntermaßen, dass nun auch in der politischen Theorie der Kopf des Königs rollen müsse,¹⁴ um an die Stelle einer Analyse der Souveränität diejenige der Mikrophysik der Macht zu setzen – zumindest lässt sich die Stoßrichtung von Foucaults machtanalytischen Überlegungen so verstehen.

Doch in den Vorlesungen von 1975/1976 *Zur Verteidigung der Gesellschaft*, die mit einer Selbstkritik der Machtanalytik beginnen, widmet sich Foucault nun durchaus eingehend der Frage der Souveränität; die Hintergrundkulisse für das Schauspiel zeitgenössischer Biomacht rückt plötzlich in den Mittelpunkt der Bühne, wenn auch zunächst nur für eine Reihe von Vorlesungen. Foucault interessiert sich für die Geschichte eines Diskurses, den er selbst bis zu diesem Zeitpunkt in gewisser Weise in den frühen Genealogien fortgeführt hat, nämlich den des Krieges. Foucault spricht von „Nietzsches Hypothese“,¹⁵ der gemäß das Soziale als Vielzahl von Kräfteverhältnissen zu entziffern sei, deren Modell letztendlich der Krieg sei. Diese Hypothese kehrt den bekannten Ausspruch von Clausewitz um und folgert, dass Politik nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mittel sei: Die Verfassungen mögen von sich behaupten, die Möglichkeitsbedingung und das Eintrittstor zum Ewigen Frieden zu sein, doch die Gegengeschichte, an der Foucault interessiert ist, beharrt darauf, dass an den Gesetzen Blut klebt und sie nicht in erster Linie der reinen legislativen Vernunft entspringen, sondern die Kodifikation und Festschreibung von Unterwerfungsverhältnissen darstellen.¹⁶ In Foucaults Genealogie kommt dieser Diskurs in etwa zu der Zeit auf, als die Staatsphilosophie der

¹¹ Vgl. Golder/Fitzpatrick 2007.

¹² Vgl. etwa McClure 1996.

¹³ Vgl. zu einer Kritik an Foucaults vermeintlich unterkomplexem Souveränitätsverständnis Singer/Weir 2006.

¹⁴ Vgl. Foucault 1980, S. 121.

¹⁵ Foucault 1999, S. 27.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 68. Vgl. zur Bedeutung des Krieges für Foucaults Denken die Beiträge in Dillon/Neal 2008.

frühen Neuzeit sich gerade bemüht, mit Hilfe des Konzepts der Souveränität die ideellen Mittel zur Befriedung der von Religions- und Bürgerkriegen zerrütteten Gesellschaften West- und Mitteleuropas zu entwickeln.¹⁷ Bekanntlich bezeichnet in Hobbes' Darstellung der absolut herrschende Souverän die einzige Möglichkeit, ausgehend von den Rechten der Einzelnen in einen friedlichen Gesellschaftszustand einzutreten. Die reale Entsprechung dieser Vorstellung des absoluten Souveräns, der mit harter aber gerechter Hand den Frieden sichert und das Monopol der Macht innehat, findet sich in den Staatsformierungen der frühen Neuzeit, in deren Rahmen sich auch bürokratische und militärische Apparate entwickeln, welche dieses Monopol sichern sollen. Es ist aber genau dieses Monopol, das unter anderem mit dem Begriff der Souveränität bezeichnet wird, welches durch den Diskurs des Krieges von den Levellers bis zu den reaktionären Adligen des 18. Jahrhunderts, wie etwa de Boulainvilliers, in Frage gestellt wird. Die gesellschaftliche Einheit, die in ihrer eigenen Darstellung die Souveränität symbolisiert, zerfließt im Kriegsdiskurs zu einem Nebeneinander von Nationen, von denen die siegreiche Anspruch darauf erhebt, das Ganze zu repräsentieren, während die geschlagene, wie Boulainvilliers hervorhebt, vom Tag der Abrechnung träumt, der eintritt, wenn die nur notdürftig kaschierte Unterdrückung endlich überwunden wird.¹⁸ Foucault ist nun der Meinung, dass dieser Diskurs in gewisser Weise endet bzw. mit dem Beginn der bürgerlich-demokratischen Revolutionen eine massive Transformation erlebt. Hier verknüpfe sich die Vorstellung der Nation mit der Souveränität im *Nationalstaat*, in dessen Rahmen nun tatsächlich eine gewisse Einheit entstehe, die aber nun wiederum vermeintlich neuen Gefahren ausgesetzt sei, welche von einem aufkommenden rassistischen Diskurs thematisiert und dramatisiert würden. Nun müsse sich die Gesellschaft nämlich nicht mehr gegen Gefahren von außen, sondern gegen Elemente aus ihrem Inneren verteidigen. Die Volksgesundheit wird zum Thema in den aufkommenden Massengesellschaften und Foucault verknüpft in den furiosen Schlussvorlesungen die entstehende Biopolitik mit ihrer Sorge um die Bevölkerung der Lebenden mit der ‚Thanatopolitik‘ des Stalinismus und des Nationalsozialismus, in deren Denken das Leben der einen den Tod der anderen verlange.¹⁹

Ohne dass die vielschichtige Vorlesungsreihe, deren Schluss fast vollständig identisch mit dem berühmten Schlusskapitel aus der *Wille zum Wissen* ist, hier in all ihren Facetten gewürdigt werden könnte, lässt sich festhalten, dass Foucault sich tatsächlich eingehend mit der bis dahin so eindimensional gebliebenen Vorstellung der Souveränität auseinandersetzt, indem er zunächst ihren Gegendiskurs nachzeichnet und dann die Verknüpfung der beiden als Geburtsstunde der modernen

¹⁷ Vgl. Neal 2006; Nelson 2006, S. 55–82.

¹⁸ Vgl. vor allem die Vorlesungen vom 4. und 11. Februar in Foucault 1999.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 276–305.

Biopolitik im Nationalstaat rekonstruiert, die auch immer schon die Thanatopolitik der Totalitarismen impliziert. Die zeitgenössische Souveränität, so folgert Foucault, äußert sich in der biopolitischen Sorge um die Bevölkerung, die unter Umständen auch gegen ihre (inneren) Feinde verteidigt werden muss, so dass sie nicht nur ‚sterben macht und leben lässt‘,²⁰ wie Foucault es formuliert; in Ausnahmefällen – oder entsprechenden Zuständen – muss die Souveränität auch diejenigen ‚sterben machen‘, deren Tod erforderlich ist, damit andere am Leben bleiben.

2.3 Recht und Souveränität in der Geschichte der Gouvernamentalität

Obwohl man es von Vorlesungen, die sich mit der *Geschichte der Gouvernamentalität* befassen, nicht notwendigerweise erwarten würde, spielen sowohl Recht als auch Souveränität in diesen Vorstellungen eine nicht zu vernachlässigende Rolle, deren genaue Beschreibung insofern eine gewisse Herausforderung darstellt, als sie auf unterschiedlichen Ebenen auftauchen und teils miteinander verknüpft, teils separat behandelt werden und nicht zuletzt deshalb auch ihren Bedeutungsgehalt zumindest leicht zu verändern scheinen. Meine Darstellung orientiert sich weitgehend an der Chronologie der beiden Vorlesungsreihen, da so auch eine gewisse Entwicklung in Foucaults Vorstellungen sichtbar wird. Daher wird es im Folgenden um die Betrachtung von Souveränitätsrecht und dessen Verhältnis zu Sicherheit, Regierung etc. gehen, so wie sich die Thematik auch in den ersten Vorlesungen von *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung* findet. Zunächst werde ich den Strang des Rechts, dann den der Souveränität verfolgen, um zum Ende des Abschnitts ein weiteres Mal deren Verknüpfung in den Blick zu nehmen, wie sie auch von Foucault zum Ende von *Die Geburt der Biopolitik* mit Bezug auf den Liberalismus diskutiert wird.

Sicherheit, Territorium, Bevölkerung beginnt mit der Unterscheidung unterschiedlicher Machttypen. Zwar treten hier zum ersten Mal Regierung und Sicherheitstechnologien in Erscheinung, doch die Charakterisierungen von Recht und Souveränität entsprechen in etwa dem, was im vorigen Abschnitt über sie als Chiffre eines Machttyps gesagt wurde. Ein weiteres Mal sind Recht und Gesetz mit dem juristischen Machttyp des Verbots kurzgeschlossen,²¹ die Souveränität gilt als ein „zu abstrakter und zu starrer Rahmen“²² des Regierens, wie dies in *Überwachen und Strafen* schon der Fall war, während auch Recht/Gesetz und Souveränität notwendig aufeinander bezogen bleiben: „Gesetz und Souveränität waren also überhaupt

²⁰ Vgl. Foucault 1977, S. 162.

²¹ Vgl. Foucault 2004a, S. 19f, 75.

²² Ebd., S. 155.

nicht voneinander zu trennen“.²³ Im Übrigen wiederholt Foucault hier noch einmal die missverständlichen Aussagen über das Verschwinden des Gesetzes: „Infolgedessen Rückzug des Gesetzes oder eher, in der Perspektive dessen, worin das Regieren zu bestehen hat: Das Gesetz ist sicherlich nicht das Hauptinstrument“.²⁴ Und so wird dieser schon bekannten Einheit von Gesetz und Souveränität erwartungsgemäß ein anderer Machttypus gegenübergestellt, der nun nicht mehr unter Disziplin oder Biopolitik firmiert (letztere hatte Foucault in den Jahren zuvor immer mehr von der Logik des Juridischen affiziert angesehen), sondern Regierung bzw. Sicherheit heißt. Die Regierung vollziehe sich durch ihren Versuch der Manipulation des sogenannten Milieus von Personen und ihren Handlungen in einer Weise, „die mir völlig verschieden zu sein scheint vom juristischen Begriff der Souveränität“,²⁵ da es ihr nicht darum gehe, „die Individuen als ein Ensemble von Rechtssubjekten zu erreichen, die zu freiwilligen Handlungen fähig sind – dies war der Fall der Souveränität“.²⁶ Zuletzt wird noch einmal mit Bezug auf den Merkantilismus – eine erste Form der post-machiavellistischen Regierungskünste – darauf hingewiesen, dass er noch in einem völlig anderen Koordinatensystem als dem der modernen Gouvernamentalitäten operierte: „Es sind Gesetze, Erlasse, Verordnungen, das heißt die traditionellen Waffen der Souveränität. Zielobjekt: der Souverän“.²⁷

Bliebe es bei diesen Einlassungen Foucaults, so wäre den schon bekannten Charakterisierungen von Recht und Souveränität wenig hinzuzufügen. Doch Foucault zieht die scheinbar dichotome Unterscheidung zwischen dem Souveränitätsrecht und seinen machttypischen ‚Anderen‘ umgehend – nach dem er sie scheinbar bekräftigt hat – wieder ein, was in einer bemerkenswerten Herausstellung der zeitgenössischen Bedeutung der *Souveränität* aber auch des *Rechts* mündet. Foucaults Darstellung lässt sich als für ihn keineswegs untypische ‚double-gesture‘ beschreiben. Zwar hat er immer wieder zumindest indirekt suggeriert, dass es sich bei den Machttypen nicht um quasi ahistorische Idealtypen handelt, sondern explizit von der *Geburt* etwa der Disziplinen und der Biopolitik als historisch verortbare Praktiken gesprochen.²⁸ Darüber hinaus hat er dazu Anlass gegeben, bestimmte Dominanzverhältnisse, wenn nicht sogar relative Ablösungsbewegungen, zwischen den jeweiligen Machttypen zu unterstellen (Souveränität \leq Disziplin \leq Sicherheit/Regierung), die auch füreinander geradezu Opponenten darstellten. Gegen diesen von ihm selbst hervorgerufenen Eindruck wendet sich Foucault aber nun explizit: „Sie haben keine Sicherheitsmechanismen, die den Platz der Disziplinarmechanis-

²³ Ebd., S. 150.

²⁴ Ebd.

²⁵ Ebd., S. 41f.

²⁶ Ebd.

²⁷ Ebd., S. 154.

²⁸ So etwa im Titel der Vorlesungsreihe von 1978/1979.

men einnehmen, wobei diese den Platz der juristisch-rechtlichen eingenommen hätten“.²⁹ Er fügt aber auch direkt hinzu, dass sich wohl das „Korrelationssystem zwischen den juristisch-rechtlichen Mechanismen, den Disziplinarmechanismen und den Sicherheitsmechanismen“³⁰ ändere. Für die Sicherheitstechnologien gelte, „daß eine jede von ihnen zu einem großen Teil in der Reaktivierung und Transformation der juristisch-rechtlichen und disziplinarischen Techniken besteht“.³¹ Mit diesen vorbereitenden Bemerkungen im Rücken stellt Foucault klar:

[...] so möchte ich keineswegs behaupten, die Souveränität habe von dem Moment an, als die Regierungskunst zur politischen Wissenschaft zu werden begann, aufgehört, eine Rolle zu spielen. Ich möchte sogar im Gegenteil sagen, daß sich das Problem der Souveränität niemals in derselben Schärfe gestellt hat wie in diesem Moment; denn es ging [...] darum, welche juristische Form, welche institutionelle Form, welche Rechtsgrundlage man der Souveränität, die einen Staat charakterisiert, würde geben können.³²

Und dies unter der Voraussetzung, dass nun nicht eine Regierungskunst aus den Vorstellungen der Souveränität entwickelt werden müsse, sondern, umgekehrt, eine solche Regierungskunst in Form von politischer Wissenschaft und politischer Ökonomie schon vorliege. So konstatiert Foucault: „Das Problem der Souveränität ist nicht eliminiert; es ist im Gegenteil akuter denn je geworden“³³ und folgert unmittelbar im Anschluss, man müsse von einem „Dreieck“³⁴ zwischen „Souveränität, Disziplin und gouvernementale[r] Verwaltung“³⁵ ausgehen. Weder, so lässt sich diese erste Verortung von Recht und insbesondere Souveränität in Foucaults Staatsanalytik zusammenfassen, sind Souveränität und Recht das Gegenteil oder Andere von Sicherheit oder Disziplin, noch lässt sich davon sprechen, dass es sich um einen Anachronismus der Macht handle. In der Sekundärliteratur ist zwar teilweise darauf hingewiesen worden, dass Foucault auch nie das Gegenteil behauptet habe.³⁶ Aber obwohl dies streng genommen zutrifft, waren die entsprechenden suggestiven Andeutungen doch schwer zu übersehen, und so scheint es angebracht, diese Punkte noch einmal zu betonen.

Nach dieser noch eher abstrakte Rede von Machttypen sollen nun Souveränität und Recht nicht mehr als konzeptionelle Dubletten, sondern separat behandelt werden. Folgen wir zunächst dem Recht. Die erste bedeutsame Entwicklung betrifft

²⁹ Foucault 2004a, S. 22.

³⁰ Ebd., S. 23.

³¹ Ebd., S. 24.

³² Ebd., S. 159f.

³³ Ebd., S. 161.

³⁴ Ebd.

³⁵ Ebd.

³⁶ Vgl. Singer/Weir 2006.

Foucaults oben erwähnte rechtshistorische These (wenn man sie als solche bezeichnen will), der gemäß das Recht immer das Recht des Königs war, die Foucault in dieser Allgemeinheit wohl kaum verteidigt hätte, die aber gleichwohl, wie oben erwähnt, Kritik auf sich gezogen hat. Nun spezifiziert Foucault diese These folgendermaßen: „Die Praxis der Rechtsprechung war der Multiplikator der königlichen Macht während des ganzen Mittelalters“,³⁷ doch Recht und Rechtsprechung wandeln ihre Rolle: „Das öffentliche Recht ist, um es kurz zu sagen, im 17. und 18. Jahrhundert oppositionell“.³⁸ Damit ist klar, dass Foucault das Recht keineswegs kategorisch auf Seiten des Souveräns/Monarchen verortet. Dies ist die erste von einigen weiteren Differenzierungen, die sich gerade in der zweiten Vorlesungsreihe über die *Gouvernementalität* (*Die Geburt der Biopolitik*) bezüglich des Rechts finden. Denn Foucault trennt hier nicht nur zwischen Souveränitätsmacht und Recht, sondern bezieht sich auch in aller Deutlichkeit auf unterschiedliche Arten des Rechts. Im erwähnten Zitat ist es das öffentliche Recht, von dem die Rede ist. Unmittelbar vor diesen Ausführungen erwähnt Foucault auch das Vertragsrecht – obwohl nicht ganz klar ist, ob hier der Sozialvertrag der politischen Philosophie oder der private Vertrag des bürgerlichen Rechts gemeint ist. Damit ist auch schon ansatzweise der Vorwurf entkräftet, Foucaults Betrachtungen des Rechts seien ausschließlich auf das Strafrecht fixiert. Der Eindruck, dass diese Einschätzung unzutreffend ist, verstärkt sich mit dem Auftreten des Rechtstopos in den wichtigen Vorlesungen über die Geburt der neoliberalen *Gouvernementalität*, deren Geburtsort Foucault nach Freiburg verlegt. Was Foucault zufolge den Ordoliberalismus der Freiburger Schule vom klassischen Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts unterscheidet, ist der Zweck von Märkten sowie ihr ontologischer Status. Gilt Adam Smith der Markt als Schauplatz natürlicher Vorgänge, nämlich der menschlichen Neigung zum Tausch, so ist der Markt für die Ordoliberalen nicht in erster Linie Schauplatz von Tauschvorgängen, sondern Konkurrenzverhältnissen, die systematisch und gewollt Gewinner und Verlierer produzieren. Zudem sind diese Schauplätze weder natürlich noch selbsterhaltend, sondern bedürfen der rechtlichen Institutionalisierung sowie der beständigen Überwachung und rechtlichen Regulierung, um den Wettbewerb gegen den ständigen Drang der Akteure sich ihm zu entziehen, aufrechtzuerhalten. Foucault betont diesen Anti-Naturalismus des Ordoliberalismus immer wieder. Gleichzeitig wird deutlich, dass das Recht eine entscheidende Produktivkraft bei der Erschaffung jener artifiziellen Phänomene wie etwa dem Markt darstellt:

³⁷ Foucault 2004b, S. 22.

³⁸ Ebd., S. 24. Nach Foucaults Einschätzung wird das Recht in Reaktion auf den Aufstieg der Staatsräson als dominanter *Gouvernementalität* oppositionell. Diese ließe sich als konkrete Manifestation der Souveränitätsmacht verstehen; teilen beide doch gewisse Charakteristika. Denn ebenso wie die Staatsräson ist auch die Souveränität im Wesentlichen zirkulär (vgl. ebd., S. 149).

Gouvernementalität, Staat und Weltgesellschaft

Studien zum Regieren im Anschluss an Foucault

Vasilache, A. (Hrsg.)

2014, VIII, 258 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-02576-2